

Parteitag vom 16./17. September in Sursee

Lancierung Volksinitiative für mehr Steuergerechtigkeit

Rede von Margret Kiener-Nellen, Nationalrätin

Es gilt das gesprochene Wort!

Chères et chers camarades
Liebe Genossinnen und Genossen

Die Philosophin Germaine de Staël (1766-1817) hat gesagt:
"Das höchste Gesetz ist die Gerechtigkeit."

Die Schweiz hat einen Dschungel von Steuergesetzen. Steuergerechtigkeit hat sie deswegen nicht. Gerade im Dschungel nehmen sich die Mächtigsten am meisten Rechte.

Die SP engagiert sich in der Schweiz seit ihrer Gründung (1888) für Steuergerechtigkeit.

Am letzten Parteitag (vom 23./24. Oktober 2004) forderte die SP Schluss mit der Umverteilung von unten nach oben und hielt fest, dass Gerechtigkeit in der Steuerpolitik eine Grundbedingung für mehr sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft ist.

Und wir verabschiedeten die These, dass der Steuerwettbewerb - besser noch: der ruinöse Steuerwettlauf - das Fundament unserer Eidgenossenschaft untergräbt, und dass wir für eine materielle Steuerharmonisierung sind.

In der Schweiz macht der Anteil der Steuern an der Finanzierung der sozialen Sicherheit rund zwanzig Prozent aus. Sinken die Steuereinnahmen durch die Abwärtsspirale der Steuerfüsse, stehen auch der sozialen Sicherheit weniger finanzielle Mittel zur Verfügung. Genau diesen perversen Effekt will der Neoliberalismus: die Reichsten werden reicher und die Armen zahlreicher.

Und wir setzten uns an die Arbeit. Im Dialog mit den Kantonalparteien, mit der Fraktion, der Geschäfts- und Parteileitung haben SteuerexpertInnen diese Volksinitiative "*Für faire Steuern. Stopp dem Missbrauch beim Steuerwettbewerb*" entwickelt.

Die Initiative will eine Mindestbesteuerung für sehr hohe Einkommen.

Sie führt bei steuerbaren Einkommen über 250'000 Franken einen Grenzsteuersatz von Kantons- und Gemeindesteuern zusammen von 22 Prozent ein.

Das ist fair! Das stoppt den Missbrauch.

Das stoppt die Ospels vom Zügeln von Basel nach Wollerau (SZ) (2005).

Das stoppt die Gübels vom Zügeln von Zürich nach Wollerau (SZ).

Das stoppt die Vasellas vom Zügeln von Basel nach Risch (ZG).

Dieser Steuertourismus, ja diese Steuerflucht, hat nichts mehr zu tun mit Niederlassungsfreiheit, sondern nur noch mit Niederlassungsfrechheit!

Die Initiative stoppt den Missbrauch beim Steuerwettbewerb, weil insbesondere die Kantone

- Appenzell-Ausserrhoden
- Obwalden
- Nidwalden
- Appenzell-Innerrhoden
- Schwyz

und die Steuersenkungslokomotive

- Zug

ihre Dumping-Steuertarife und -sätze nach oben anpassen müssen.

Wieso haben wir die Harmonisierungslimite erst beim steuerbaren Einkommen von 250'000 Franken angesetzt?

Das sehen wir gut auf dieser Folie zum Kanton Zug.

Weil die Kantone ihre Steuertarife als gleitende Kurven gestalten und daher vernünftigerweise keine abrupten Sprünge in der Grenzsteuerbelastung vorsehen sollten.

Und daher seht ihr, dass die Initiative nebst dem direkten (*Zeigen auf Folie*) auch einen indirekten (*Zeigen auf Folie*) Harmonisierungseffekt hat. Im Kanton Zug zum Beispiel wird dieser eine Anhebung der Steuersätze und -tarife ab ca. 125'000 Franken steuerbarem Einkommen bewirken.

Die Initiative will eine Mindestbesteuerung für sehr hohe Vermögen.

Sie führt bei steuerbaren Vermögen über 2 Millionen Franken einen Grenzsteuersatz von Kantons- und Gemeindesteuern zusammen von 5 Promillen ein.

Die Initiative stoppt den Missbrauch beim Steuerwettbewerb, weil insbesondere die Kantone

- Zug
- Glarus

- Obwalden
- Schwyz
- Appenzell-Innerrhoden und
- Nidwalden

ihre Dumping-Steuertarife und Steuersätze nach oben anpassen müssen.

Wieso ist der Einbezug der Vermögenssteuer so wichtig?

Weil die Vermögenssteuer über Jahrhunderte(!) - bis 1960 - die Hauptsteuer war in der Schweiz. Und weil sie dann im Zuge des Neoliberalismus zulasten der Lohn- und Rentenbesteuerung massiv heruntergefahren wurde. Weil die Vermögen in der Schweiz sehr ungleich verteilt sind – und sich diese Ungleichheit infolge steuerfreier privater Kapitalgewinne und abgeschaffter Erbschaftssteuern immer mehr verschärft.

Und daher ist es fair und selbstverständlich, dass die Initiative auch den Missbrauch beim Steuerwettbewerb der Kantone mit der Vermögenssteuer stoppen will!

Und selbstverständlich wahrt die Initiative die Interessen der gemeinsam veranlagten Paare - das sind zurzeit die Ehepaare sowie ab 2007 die registrierten gleichgeschlechtlichen Paare. Und ganz selbstverständlich wahrt die Initiative auch die Interessen allein stehender Personen, die mit Kindern oder unterstützungsbedürftigen Personen zusammen leben und deren Unterhalt zur Hauptsache bestreiten.

Für diese Personengruppen dürfen die Harmonisierungslimiten im Rahmen der Gleichbehandlung erhöht werden.

Und schliesslich spricht unsere Initiative eine klare Sprache gegen die *Degression*.

Die Degression ist nichts anderes als eine neoliberale Perversion.

Sie senkt die Steuersätze bei steigendem Einkommen. Sie verstösst damit gegen die Rechtsgleichheit, konkreter noch, sie verletzt das Prinzip der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Die Degression ist ein Frontalangriff auf die Steuergerechtigkeit und auf den sozialen Zusammenhalt in der Schweiz. Sie ist unsozial und unsolidarisch.

Sie wird ausdrücklich verboten. Wir wissen zwar, dass sich das Degressionsverbot bereits aus dem Prinzip der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ergibt. Das Verbot der Degression heisst schlicht und einfach, dass

- d. der durchschnittliche Steuersatz jeder der vom Bund, von den Kantonen oder den Gemeinden erhobenen direkten Steuern weder mit steigendem steuerbarem Einkommen noch mit steigendem steuerbarem Vermögen abnehmen darf.*

Und daher ist es richtig, dass unsere Initiative die Degression radikal verbietet. 3 Kantone, Schaffhausen, Obwalden und Appenzell-Innerrhoden werden ihre heutigen degressiven Steuern korrigieren müssen. Dieses Buhlen um reiche Steuerzahlende hilft nur den reichen Steuerzahlenden selber. Den eines ist klar:

Steueroasen spenden nur den Reichsten Schatten! Und: Steueroasen verursachen Armut.

Die SPS-Initiative verstärkt die Solidarität und die Fairness zwischen den Kantonen.

Insbesondere die Kantone AI, AR, GL, NW, OW, SZ, UR und ZG werden während einer befristeten Zeit ihre Steuermehreinnahmen aufgrund der Initiative in den Finanzausgleich unter den Kantonen (NFA) einzahlen. Ihre Beiträge werden somit über den sozio-demografischen Lastenausgleich den Zentrumsantonen und über den geo-topografischen Ausgleich den Bergkantonen zugute kommen.

Die SPS-Initiative verhindert damit eine unerwünschte Folge der Steuerharmonisierung, nämlich dass zum Beispiel der Kanton Zug aufgrund seiner Mehreinnahmen einen Angebotswettbewerb mit teuren Prestige-Infrastrukturen anheizt. Auch das würde unsere Kantone nämlich auseinanderdividieren.

Liebe Genossinnen und Genossen

Diese Initiative wird den ruinösen Steuerwettbewerb unter den Kantonen stoppen. Es ist fünf Minuten nach Zwölf! In Zürich hängen Plakate, auf denen die Kantone Thurgau und Aargau dafür werben, in Zürich zu arbeiten und bei ihnen zu wohnen und Steuern zu bezahlen. Die Luzerner Gemeinde Vitznau setzte sogar eine "Kopfprämie" für die Anwerbung betuchter Steuerzahlender aus. Das ist nicht freundeidgenössisch, das ist feindeidgenössisch! Der Steuertourismus muss endlich aufhören!

Die SP-Initiative mit Mindeststeuern für hohe Einkommen und Vermögen sowie dem Verbot degressiver Tarife bringt mehr Steuergerechtigkeit und faire Steuern. Mit zusätzlichen Beiträgen an den Finanzausgleich bringt sie mehr Solidarität zwischen den Kantonen. Sie nützt daher der grossen Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer.

Mit der heutigen politischen Lancierung dieser Initiative ("Für faire Steuern. Stopp dem Missbrauch beim Steuerwettbewerb") erfüllen wir eines der zehn politischen Ziele der SP Schweiz für 2006.

Wir können diese Initiative gewinnen. Wir müssen diese Initiative gewinnen! Ich bitte euch daher, die Anträge der Geschäftsleitung kräftig zu unterstützen.

Sursee ist ein idealer Ort dafür, weil der Kanton Luzern unter dem aggressiven Steuerwettbewerb in der Innerschweiz besonders leidet!

Ich danke Euch fürs Zuhören.

Parteitag vom 16./17. September in Sursee